



## **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**

### **59. Sitzung (öffentlich)**

19. November 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:40 Uhr

Vorsitz: Oskar Burkert (CDU) (Stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Heinz-Uwe Müller

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung:**

**7**

Stellv. Vorsitzender Oskar Burkert stellt fest, dass den Ausschussmitgliedern die Tagesordnung der heutigen Sitzung fristgerecht zugegangen ist. – Auf Antrag der Fraktion der Piraten wird TOP 2 – Aussetzung der Sanktionen im ALG-II-Bezug – einvernehmlich von der heutigen Tagesordnung gestrichen. Die Nummerierung der Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.

#### **1 Studie zur Prävention von Wohnungslosigkeit in Nordrhein-Westfalen**

**8**

Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung e. V.  
Dr. Ekke-Ulf Ruhstrat  
Dr. Volker Busch-Geertsema

Der Ausschuss diskutiert über die von der Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung e. V. erstellte Studie zur Prävention von Wohnungslosigkeit in Nordrhein-Westfalen.

## 2 Arbeitsschutz effizient gestalten 22

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/3446  
APr 16/569

Der **Antrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/3446** wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP – bei Enthaltung der Piraten – **abgelehnt**.

## 3 Arbeitsverbote für Flüchtlinge abschaffen – Arbeitsmarktzugang sicherstellen 23

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/4590  
APr 16/590

Der Ausschuss beschließt, über den Antrag im Jahr 2015 abzustimmen.

## 4 Freizügigkeit klug gestalten: Schlepperbanden und Missbrauch bekämpfen 26

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/5489  
APr 16/586

Der **Antrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/5489** wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU – bei Enthaltung der Piraten – **abgelehnt**.

**5 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015) 27**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/6500  
Drucksache 16/6710 (Ergänzung)  
Drucksache 16/6990 (2. Ergänzung)

a) Einzelplan 15 – Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter  
Vorlage 16/2162

b) Einzelplan 11 – Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales  
Vorlage 16/2175

Der **Einzelplan 15 des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter** wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **angenommen**.

Abstimmung über den **Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu Einzelplan 11, Kapitel 11 042, Titelgruppe 95 „Mittagsverpflegung von Kindern“, Titel 633 95 "Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände"**: Dieser Änderungsantrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen bei Enthaltung der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten **angenommen**.

Abstimmung über den **Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu Einzelplan 11, Kapitel 11 042, Titelgruppe 99 "Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung", Titel 686 99 „Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke“**: Dieser Änderungsantrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU sowie Enthaltung der Fraktionen von FDP und Piraten **angenommen**.

Abstimmung über den **Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu Einzelplan 11, Kapitel 11 050, Titelgruppe 80 „Maßnahmen zur Schaffung der gesellschaftlichen Inklusion von Menschen mit Behinderungen“, Titel 686 80 "Förderung von Querschnittsaufgaben nach § 1908f BGB sowie Maßnahmen zur Förderung der Inklusion"**, hier: neue Zweckbestimmung: Dieser Änderungsantrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen bei Gegen-

stimmen der Fraktion der CDU sowie Enthaltung der Fraktionen von FDP und Piraten angenommen.

Abstimmung über den **Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu Einzelplan 11, Kapitel 11 050, neuer Titel 686 50 „Förderung von Querschnittsaufgaben nach § 1908f BGB**: Dieser Änderungsantrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und bei Enthaltung der Fraktion der Piraten **angenommen**.

Abstimmung über den **Antrag zu Einzelplan 11, Kapitel 11 050, Titelgruppe 86: „Förderung von Maßnahmen zur beruflichen Integration von Menschen mit Behinderungen“, Titel 893 86: „Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland“**. – Dieser Änderungsantrag wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen bei Enthaltung der Fraktionen der CDU, der FDP sowie der Piraten **angenommen**.

**Der Einzelplan 11 des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales wird einschließlich der gerade abgestimmten Änderungen** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen bei Ablehnung durch die Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **angenommen**.

## **6 Schlaganfallpatientinnen und Schlaganfallpatienten sofort und optimal behandeln**

**33**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/5250  
APr 16/621

Der Ausschuss wertet die Anhörung vom 27.08.14 aus. – Der Vorsitzende empfiehlt, am 21. Januar 2015 abschließend über den Antrag zu beraten. Der Ausschuss ist damit einverstanden.

**7 Sicherstellung der Ausbildung von Pharmazeutisch-technischen Assistentinnen und Assistenten (PTA) 38**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/3445  
APr 16/562

Der **Antrag der CDU-Fraktion – Drucksache 16/3445** – wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten **abgelehnt**.

**8 Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen 39**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 16/2333

Der Ausschuss **nimmt den Bericht der Landesregierung – Vorlage 16/2333 – zur Kenntnis**.

**9 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Weiterbildungs- und Prüfungsordnung für Pflegeberufe (WBVO-Pflege NRW) 40**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 16/2298

Der **Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Weiterbildungs- und Prüfungsordnung für Pflegeberufe** wird ohne Diskussion **zur Kenntnis genommen**.

**10 Mehr Chancengleichheit durch verlässliche Gewährung von Nachteilsausgleichen für Schülerinnen und Schüler mit Teilleistungsschwächen 41**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/5028  
APr 16/709

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, diesen TOP **ohne Votum zu schieben**.

**11 Solidarität und Stabilität in der Eurozone: Keine Denkverbote bei der europäischen Arbeitslosenversicherung 42**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/6672

Der Ausschuss **beschließt einvernehmlich**, diesen TOP  
**ohne Votum zu schieben.**

**12 Verschiedenes 43**

**5 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/6500  
Drucksache 16/6710 (Ergänzung)  
Drucksache 16/6990 (2. Ergänzung)

- a) Einzelplan 15 – Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter  
Vorlage 16/2162
- b) Einzelplan 11 – Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales  
Vorlage 16/2175

**Einzelplan 15**

Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

**Michael Scheffler (SPD)** stellt fest, dass in dem Haushaltsplanentwurf Dinge aufgelistet seien, die in pflegepolitischer und sozialer Hinsicht eine Erfolgsgeschichte darstellten. Beispielhaft wolle er die Altenpflegeausbildung nennen. Als Rot-Grün die Regierung im Jahr 2010 übernommen habe, habe es im Lande 9.271 Plätze gegeben. 2015 gehe man in Richtung 16.300 geförderte Plätze. Das sei mit enormen Mittelsteigerungen verbunden. Im Haushalt für 2015 stünden für diesen Zweck 58,3 Millionen € zur Verfügung. Der Bereich der Pflege stelle einen nicht unwesentlichen Schwerpunkt im Einzelplan 15 dar.

In diesem Zusammenhang wolle er auch an den Landesförderplan Alter und Pflege erinnern, mit dem Maßnahmen zur Stärkung und Qualifizierung in den Strukturen der Altenhilfe gefördert werden sollten. Sicherlich werde er auch einen Beitrag zur Umsetzung des GEPA bzw. des WTG leisten. Das sei für die SPD-Fraktion ein sehr wichtiger Bereich. Dazu gehöre auch der „Masterplan Altengerechte Quartiere.NRW“. Seine Fraktion freue sich auch darüber, dass das Klinische Krebsregister in Nordrhein-Westfalen nach langem Vorlauf auf den Weg gebracht worden sei. Im Bereich des Maßregelvollzuges habe es eine Steigerung bei den Betriebskosten in Höhe von 15,9 Millionen € gegeben. Diese Mittel seien – weil sie für Sicherheit und Therapie gedacht seien – gut investiert.

Grundsätzlich sei die SPD-Fraktion der Auffassung, dass es, was den Haushalt für das Jahr 2015 angehe, einen sehr dialogischen Ansatz gebe. Er hoffe, dass dieser Weg auch in den nächsten Jahren weiter gegangen werden könne.

**Arif Ünal (GRÜNE)** stellt fest, der Haushalt 2015 sei bemerkenswert. Trotz der 5,1 Millionen € Minderausgaben habe man die gewünschten politischen Ziele haushaltsgerecht wiedergeben können. In anderen Bundesländern gebe es vergleichsweise sehr wenig Menschen, die eine Ausbildung im Bereich der Altenpflege machen würden. Dass in NRW die Anzahl der Plätze verdoppelt worden sei, sei einzigartig. Deshalb nähmen andere Bundesländer NRW als Beispiel.

Für die pauschale Förderung im Krankenhausbereich seien gemäß dem Krankenhausgestaltungsgesetz fast 24 Millionen € an zusätzlichen Mitteln bereitgestellt worden. Viele Krankenhäuser seien dafür dankbar. Allerdings sei die Finanzierung der Krankenhäuser immer noch ein chronisches Problem. Bundesweit würden 6 Milliarden € an Investitionen benötigt.

Zusätzlich neben dem 2. Ausbauprogramm Maßregelvollzug würden für die Betriebskosten der forensischen Kliniken 6,9 Millionen € investiert.

Politisch gesehen sei er voll zufrieden mit diesem Haushalt. Seine Fraktion werde diesem mit Freude zustimmen.

## **Einzelplan 11**

Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales

**Matthias Kerkhoff (CDU)** stellt fest, dass sich haushaltsmäßig, was die Neuverschuldung anbelange, nichts verändert habe. Der Gesamtschuldenstand betrage nun über 140 Milliarden €. Während elf Bundesländer Schulden tilgen würden, sei Rot-Grün weiterhin Spitzenreiter im Schuldenmachen. Herr Ünal habe gesagt, andere Länder nähmen sich Nordrhein-Westfalen als Beispiel. Das gelte aber sicher nicht für das Thema „Haushalt“.

Teilweise gebe es zwar zwischen seiner Fraktion und den regierungstragenden Fraktionen Übereinstimmung. An vielen Stellen verweigere sich Rot-Grün aber einer grundlegenden Aufgabenkritik bzw. Veränderung. Deshalb könne seine Fraktion diesem Haushalt nicht zustimmen. Beispielsweise sei völlig unklar, wie das Thema Inklusion angegangen werden solle. Dafür würden viel zu wenig Mittel bereitgestellt werden.

Was die vorliegenden Änderungsanträge anbelange, werde sich seine Fraktion beim Antrag bezüglich der Mittagsverpflegung enthalten. Die übrigen Änderungsanträge zum Haushalt lehne die CDU – ebenso wie die Einzelpläne 11 und 15 insgesamt – jedoch ab.

**Manuela Grochowiak-Schmieding (GRÜNE)** stellt fest, mit dem Antrag im Rahmen des Härtefallfonds „Alle Kinder essen mit“ solle dafür gesorgt werden, dass diese Hilfe versteigt werde. Der Antrag zur Bekämpfung von Armut ziele in die gleiche Richtung. Es gebe eine neue Studie, die offenbare, dass gerade in NRW Armut zunehme. Es werde gut daran getan, Projekte weiterzuentwickeln, die dem entgegenwirken würden.

Weiterhin gebe es einen Antrag bezüglich einer größeren Unterstützung der Betreuungsvereine. Besonders wichtig seien die Betreuungsvereine. Die hier geleistete freiwillige Arbeit habe sehr großes Gewicht. Das könne schon daran erkannt werden, dass das Justizministerium einen Aktionsplan zum Betreuungsrecht mit dem Ziel aufgelegt habe, gerade die Arbeit der Betreuungsvereine auszuweiten. – Die Grünen seien sich darüber im Klaren, dass die bisherige Förderung nicht ausreiche. Es werde darauf gesehen werden müssen, wie in Zukunft die Förderrichtlinien für die Betreuungsvereine weiterentwickelt werden könnten. – Alles, was die Gegenfinanzierung anbelange, könne in den Anträgen nachgelesen werden.

Herr Kerkhoff habe einerseits beklagt, dass das Land sehr hoch verschuldet sei, andererseits habe er gleichzeitig festgestellt, dass für Aufgaben der Inklusion zu wenig Mittel im Haushalt eingestellt worden seien. Die CDU müsse klar sagen, was sie eigentlich wolle.

**Martina Maaßen (GRÜNE)** begrüßt es für ihre Fraktion, dass die bewährten arbeitsmarktpolitischen Instrumente weiter beibehalten würden. Es gebe aber auch Neuerungen. Gerade was das Management des Übergangs von Schule zu Beruf anbelange, mache sich die Koalition auf den Weg, Produktionsschulen zu etablieren bzw. ein eigenes Produktionsschulkonzept in NRW zu etablieren. Gemeinsam mit dem Landesverband Produktionsschulen werde derzeit über Entwicklungen im Bereich der Richtlinien und eines Modellprojekts gesprochen.

Was den sozialen Arbeitsmarkt anbelange, sei klar, dass 1.000 Teilnehmerplätze ein Tropfen auf den heißen Stein seien. Auch hier habe sich die Koalition auf den Weg gemacht, den sozialen Arbeitsmarkt in die politische Debatte zu bringen. Mehrere Bundesländer hätten sich daran begeben, eigene Landeskonzepete zu entwickeln. Auch auf Bundesebene seien zumindest Diskussionsprozesse in Gang gekommen. Bei der CDU und der FDP gebe es ebenfalls Tendenzen, sich mit diesem Thema intensiv in positivem Sinne zu beschäftigen.

Im Rahmen der ESF-Strukturfonds gebe es jetzt in verstärktem Maße die Möglichkeit, Handlungskonzepte zu entwickeln bzw. die Kommunen in den Bereichen Armutsprävention und Sozialraumstärkung stärker zu fördern. Die zuständigen Ministerien hätten sich zusammengesetzt. Sie wollten hier über die jeweiligen Strukturfonds hinaus im Rahmen eines ganzheitlichen Ansatzes vorgehen. Es gehe hier um ganz

neue und zielführende Dinge, die auch im Haushalt abgelesen werden könnten. Von daher werde ihre Fraktion diesem auch mit Freude zustimmen.

**Michael Scheffler (SPD)** meint, zur ganzen Wahrheit gehöre, dass auch dafür gesorgt werden müsse, zu einem neuen Länderfinanzausgleich und zu einer anderen Finanzierung der Kommunen in Deutschland zu kommen. Es sei nicht richtig, dass Nordrhein-Westfalen andere Bundesländer so ausstatte, dass sich das Land bzw. die Kommunen deshalb verschulden müssten. Als Kommunalpolitiker sehe er schon deutlich vor 2019 Handlungsbedarf. Insofern hoffe er, dass die jetzt in Berlin begonnenen Verhandlungen zu entsprechenden Erfolgen führen würden.

Während der schwarz-gelben Regierungszeit hätten sich die damals regierungstragenden Parteien nicht dadurch ausgezeichnet, im Haushalt Einsparungen vorzunehmen. Vielmehr habe die Verschuldung – nach den ihm vorliegenden Zahlen handele es sich um 23,6 Milliarden € – während dieser Zeit deutlich zugenommen. Ansonsten müsse er feststellen, dass die von der CDU gemachten Einsparvorschläge geringe Wirkung zeigen würden. Von daher glaube er, dass die jetzige Regierung auf einem vernünftigen Weg sei und die Schuldenbremse in 2020 erreicht werde.

Für seine Fraktion sei wichtig, dass im Rahmen des Einzelplans 11 die Bekämpfung der Armut weiterhin als eine zentrale Aufgabe der Sozialpolitik in Nordrhein-Westfalen angesehen werde. Das sei spätestens deutlich geworden, als der Sozialbericht im Jahr 2012 vorgelegt worden sei. Darin habe man nachlesen können, dass insbesondere das Armutsrisiko von Kindern im Alter bis zu 18 Jahren bei 20,4 % liege. Deshalb sei das Projekt „Kein Kind zurücklassen!“ der richtige Ansatz. Es bleibe dabei, dass der präventive Ansatz vernünftig sei.

Die Landesregierung habe ein Handlungskonzept gegen Armut und soziale Ausgrenzung aufgelegt. Das solle durch den Haushaltsantrag, den die Koalitionsfraktionen eingereicht hätten, entsprechend gestärkt werden. Insbesondere solle dafür gesorgt werden, dass in Stadtteilen bzw. Quartieren mit niedrigem Durchschnittseinkommen Zielgruppen entsprechend unterstützt würden. In diesem Rahmen sollten auch aufsuchende Angebote bzw. Hilfen zur Verbesserung der Teilhabe ermöglicht werden.

Weiterhin sei in diesem Zusammenhang das Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ ein sehr wichtiger Baustein. Durch eine sehr ortsnahe Koordinierung der Kommunen bestehe die Möglichkeit, Kindern und Jugendlichen eine Berufsorientierung zu geben. Es gebe aber auch noch andere Maßnahmen auf diesem Gebiet. Die hiermit angesprochenen Zielgruppen dürfe man nicht nur aus dem Blickwinkel des Fachkräftemangels heraus im Blick haben. Vielmehr müsse alles darangesetzt werden, dass auch die schwächeren Schülerinnen und Schüler auf dem Arbeitsmarkt eine Chance bekämen. Damit verringere man die Zahl der Transferleistungsempfänger von morgen.

Auch die öffentlich geförderte Beschäftigung sei ein wichtiger Baustein im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik. Die Menschen, bei denen es mehrere Vermittlungshemmnis-

se gebe, sollten zumindest in dem Umfang, wie es über den Landeshaushalt finanziert werden könne, Möglichkeiten der Beschäftigung bekommen.

Das Thema Arbeitsschutz habe bei seiner Fraktion eine größere Wertigkeit, als dies bei der größten Oppositionspartei der Fall sei. Die regierungstragenden Fraktionen wollten nach wie vor dafür sorgen, dass der Arbeitsschutz in Nordrhein-Westfalen handlungsfähig sei bzw. wieder handlungsfähig werde.

Des Weiteren sei wichtig, dass im Bereich der Mittagsverpflegung eine Weiterführung auch über das Schuljahr hinaus ermöglicht werde; denn auch in den Sommerferien gebe es Betreuungsstrukturen, in deren Rahmen ebenfalls ein Mittagessen notwendig sei.

Ein weiterer wichtiger Bereich stellten die Betreuungsvereine dar. Dieser Bereich müsse gestärkt werden. In den letzten neun bis zehn Jahren habe sich hier an der Finanzierung nichts verändert. Jedoch seien den Betreuungsvereinen in vielen Bereichen die Kosten davongelaufen. Würden die Betreuungsvereine nicht unterstützt, käme dies dem Land an anderer Stelle teuer zu stehen.

**Ulrich Alda (FDP)** nimmt zu den Ausführungen seines Vorredners Stellung: Wer alles in derartiger Epik breittrete, müsse irgendwo ein schlechtes Gewissen haben. Er vermute, dass Grund dafür die Schulden seien. Schwarz-Gelb habe sicher nicht all das kaputtgemacht, was andere in 50 Jahren aufgebaut hätten. Von daher könne irgendetwas nicht stimmen.

Die FDP sei für Einsparungen, und zwar durch einen intelligenten Einsatz der Mittel. In diesem Kontext sei zu erwähnen, dass am heutigen Tage durch die Presse gegangen sei, dass das Armutsrisiko in NRW gestiegen sei. Im Übrigen wolle er Frau Grochowiak-Schmieding darauf hinweisen, dass sich zwar das Armutsrisiko erhöht habe, die Armut aber nicht gewachsen sei. Die regierungstragenden Fraktionen wollten dies mit ihrem Änderungsantrag und dem Handlungskonzept gegen Armut und soziale Ausgrenzung – das sei zwar grundsätzlich richtig – ändern. Er frage sich aber, was konkret unter „aufsuchenden Angeboten“ und „Hilfen zur Verbesserung der Teilhabe“ verstanden werde.

Grundsätzlich spreche nichts dagegen, die Betreuungsvereine zu unterstützen. Seit elf Jahren habe es in diesem Bereich keine Erhöhung gegeben. Allerdings habe er das Gefühl, dass damit lediglich die freien Träger bedient würden. Die Frage sei, ob es auf diesem Gebiet auch andere gebe, die gefördert werden sollten.

**Der Einzelplan 15 des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten angenommen.**

**Abstimmung über den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu Einzelplan 11, Kapitel 11 042, Titelgruppe 95 „Mittagsverpflegung von Kindern“, Titel 633 95 "Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände":**

Dieser Änderungsantrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen bei Enthaltung der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten **angenommen**.

Abstimmung über den **Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu Einzelplan 11, Kapitel 11 042, Titelgruppe 99 "Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung", Titel 686 99 „Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke“**: Dieser Änderungsantrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU sowie Enthaltung der Fraktionen von FDP und Piraten **angenommen**.

Abstimmung über den **Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu Einzelplan 11, Kapitel 11 050, Titelgruppe 80 „Maßnahmen zur Schaffung der gesellschaftlichen Inklusion von Menschen mit Behinderungen“, Titel 686 80 "Förderung von Querschnittsaufgaben nach § 1908f BGB sowie Maßnahmen zur Förderung der Inklusion"**, hier: neue Zweckbestimmung: Dieser Änderungsantrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU sowie Enthaltung der Fraktionen von FDP und Piraten **angenommen**.

Abstimmung über den **Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu Einzelplan 11, Kapitel 11 050, neuer Titel 686 50 „Förderung von Querschnittsaufgaben nach § 1908f BGB**: Dieser Änderungsantrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und bei Enthaltung der Fraktion der Piraten **angenommen**.

Abstimmung über den **Antrag zu Einzelplan 11, Kapitel 11 050, Titelgruppe 86: „Förderung von Maßnahmen zur beruflichen Integration von Menschen mit Behinderungen“, Titel 893 86: „Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland“**. – Dieser Änderungsantrag wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen bei Enthaltung der Fraktionen der CDU, der FDP sowie der Piraten **angenommen**.

**Der Einzelplan 11 des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales wird einschließlich der gerade abgestimmten Änderungen** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen bei Ablehnung durch die Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **angenommen**.